



N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 6. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Juli 2017, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU) Vorsitzende
Abg. Dr. Axel Bernstein (CDU)
Abg. Claus Christian Claussen (CDU)
Abg. Petra Nicolaisen (CDU)
Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)
Abg. Stefan Weber (SPD)
Abg. Kathrin Wagner-Bockey (SPD)
Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abg. Kay Richert (FDP)
Abg. Claus Schaffer (AfD)
Abg. Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Abg. Özlem Ünsal (SPD)
Abg. Animata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abg. Stephan Holowaty (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung des Ministers für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, und der Staatssekretäre Kristina Herbst und Torsten Geerds	4
2.	Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung, hier: Ergänzung des Aktenvorlagebegehrens vom 20.06.2017 (Umdruck 19/5)	6
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/16	
3.	Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen	7
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/24	
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage	8
	Gesetzesentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/11	
	Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/38	
5.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)	9
	Gesetzesentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/15	
6.	Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung des Ministers für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, und der Staatssekretäre Kristina Herbst und Torsten Geerds

Der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Herr Grote, sowie die Staatssekretäre in seinem Ministerium, Frau Herbst und Herr Geerds, stellen sich und ihren Werdegang dem Ausschuss kurz vor.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Dolgner zur erforderlichen Reform des kommunalen Finanzausgleichs führt Minister Grote aus, das Urteil des Landesverfassungsgerichts gebe dem Gesetzgeber zwar bis Ende 2020 Zeit, die Rechtsmaterie verfassungskonform zu regeln. Er verfolge jedoch das Ziel, diesen Zeitrahmen nicht auszuschöpfen. Der Finanzausgleich betreffe zum einen den horizontalen Ausgleich zwischen den Kommunen, zum anderen den vertikalen Ausgleich zwischen Land und Kommunen. Seiner Auffassung nach sei dieser vertikale Ausgleich der schwierigere, da hierbei zu berücksichtigen sei, welche Aufgaben den Kommunen vom Land auferlegt würden. Zunächst stehe nun, wie im Koalitionsvertrag erwähnt, die Erstellung entsprechender externer Gutachten an. Erst danach könne die politische Befassung mit der Materie folgen.

Abg. Dr. Dolgner thematisiert das Problem der Abgrenzung von rechtlicher und politischer Beurteilung. Bei der Verteilung von Haushaltsmitteln gehe es um politische Fragen, die nicht mit einem Gutachten beantwortet werden könnten. Es gelte, die verfassungsmäßig verbürgten Rechte des Landtages zu beachten. - Minister Grote stimmt Abg. Dr. Dolgner zu. Es stehe ihm nicht zu, das Urteil des Landesverfassungsgerichts zu kommentieren, jedoch sei auch er gespannt, wie eine verfassungskonforme Regelung aussehen könne. Genau dies müsse jedoch zunächst ein Rechtsgutachten aufzeigen. Das Ministerium werde dem Gutachter diesbezüglich keine Vorgaben machen.

Abg. Harms spricht die Frage der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge an. Es gebe derzeit ungefähr 70 Afghanen in Schleswig-Holstein, die ausreisepflichtig seien. - Staatssekretär Geerds führt hierzu aus, eine Rückführung dieses Personenkreises stehe derzeit nicht an.

Die Landesregierung stehe zu dieser Frage im engen Dialog mit dem Auswärtigen Amt wie mit der Bundesregierung insgesamt. Bevor Maßnahmen ergriffen würden, werde es auf jeden Fall einen Dialog mit dem Landtag geben, so Staatssekretär Geerds. - Auf eine Nachfrage des Abg. Harms, ob die Landesregierung beabsichtige, zu dieser Frage beispielsweise mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk in Kontakt zu treten, führt Staatssekretär Geerds aus, dass in erster Linie diejenigen Organisationen, die sich in Schleswig-Holstein mit der Thematik befassen, Ansprechpartner der Landesregierung sein müssten. Ein erster Termin mit der Flüchtlingsbeauftragten sei bereits vereinbart.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Bernstein zur Unterbringung von schleswig-holsteinischen Polizeibeamten im LevoPark in Bad Segeberg im Rahmen ihres Einsatzes beim G-20-Gipfel in Hamburg berichtet Staatssekretär Geerds, dass er am heutigen Tag vor Ort gewesen sei, um den Berichten über Missstände nachzugehen. Die dortige Unterkunft sei seiner Einschätzung nach zwar grenzwertig, jedoch grundsätzlich zumutbar. Derzeit seien dort 300 Beamte aus Schleswig-Holstein untergebracht. Die zur Unterbringung genutzten Container seien jeweils mit höchstens zwei Personen belegt. Ihm sei jedoch berichtet worden, dass auch 59 Diensthunde dort anwesend gewesen seien, was in der vergangenen Nacht zu Ruhestörungen geführt habe. Es sei veranlasst worden, dass diese sich nun in einem getrennten Bereich aufhielten. Die Container seien neuwertig, es gebe entgegen entsprechender Berichte kein Problem mit Undichtigkeiten im Dachbereich. Jeweils fünf Beamte teilten sich eine Toilette und Dusche. Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten habe inzwischen Freizeitmöglichkeiten für die Beamten eingerichtet. Die Reinigung der Container erfolge dreimal täglich.

2. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung, hier: Ergänzung des Aktenvorlagebegehrens vom 20.06.2017 ([Umdruck 19/5](#))

Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/16](#)

Abg. Dr. Dolgner führt zur Begründung des ergänzenden Antrages auf Aktenvorlage, [Umdruck 19/16](#), aus, der weitere Bedarf auf Aktenvorlage habe sich aus der Presseberichterstattung vom 3. Juli 2017 ergeben.

Die Ausschussvorsitzende, Abg. Ostmeier, stellt fest, dass das Aktenvorlagebegehren ([Umdruck 19/16](#)) von den Abgeordneten Dr. Bernstein, Claussen, Dr. Dolgner, Harms, Nicolaisen, Peters, Richert, Schaffer, Wagner-Bockey und Weber unterstützt wird. Das nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung erforderliche Quorum ist somit erreicht.

3. Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/24](#)

(überwiesen am 29. Juni 2017)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in Hinblick auf die mit dem Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr bei den Wahlen der Landesparlamente in Schleswig-Holstein und Bremen gemachten Erfahrungen schriftliche Stellungnahmen vom Landeswahlleiter Schleswig-Holstein, dem schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten für politische Bildung sowie vom Landeswahlleiter des Landes Bremen einzuholen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/11](#)

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/38](#)

(überwiesen am 29. Juni 2017 an den Innen- und Rechtsausschuss und an den Bildungsausschuss)

hierzu: [Drucksache 19/37](#)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt, zu den Vorlagen - unter Einbeziehung des Antrages der SPD-Fraktion, [Drucksache 19/37](#) - eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Benennung der Anzuhörenden soll binnen 14 Tagen erfolgen.

Der Ausschuss kommt überein, bei Anhörungen am Verfahren aus der vergangenen Wahlperiode festzuhalten, demzufolge die Anzuhörenden der Ausschussgeschäftsführung zu benennen sind.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/15](#)

(überwiesen am 28. Juni 2017 an den Wirtschaftsausschuss und an den Innen- und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Einstimmig schließt der Ausschuss sich dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

6. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, den im Terminplan vorgesehenen Sitzungstermin am 13. September 2017 ausfallen zu lassen.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin